

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/1614**

A15, A05

Dr. Ulrike Hospes

Landesbeauftragte und Leiterin
Politisches Bildungsforum NRW sowie
Leiterin Büro Bundesstadt Bonn
Politische Bildung
T +49 2241 / 246 4257
M +49 151 50683618
ulrike.hospes@kas.de

Stellungnahme zur Drucksache 18/8433

21.06.2024

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken

Ja, unsere Demokratie ist herausgefordert. Extremistische Bedrohungen von innen, Angriffe aus den Sozialen Medien, die Bedrohung der äußeren Sicherheit durch Kriege in der näheren und fernerer Nachbarschaft und Wertegemeinschaft überfordern viele Menschen. Zur vielfach geforderten Resilienz der Gesellschaft gehört nicht nur das Krisen- und Katastrophenmanagement, sondern ein Bewusstsein über den Wert unserer Demokratie, unseres Rechtsstaates und der Einbindung in internationale Bündnisse. Extremistische Akteure von allen Seiten gilt es abzuwehren (insb. Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus), der Radikalisierung (nicht erst seit dem 7. Oktober 2023) vorzubeugen und die Verführbarkeit autokratischer Herrschaftsmodelle aufzudecken. Demokratische Einstellungen, demokratisches Handeln und das Vertrauen in die Institutionen werden nicht „vererbt“, sondern müssen von jeder Generation neu entwickelt und verinnerlicht werden.

Die im Antrag enthaltenen Bestandsaufnahmen, Problemanalysen und Herausforderungen für ein grundlegendes Verständnis unserer demokratischen Strukturen werden geteilt und bedürfen daher keiner tiefergehenden Ausführung durch weitere Heranziehung von Analysen und Studien. Viele der genannten Punkte finden sich auch bereits in der Drucksache 17/13750 [Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Enquetekommission zum Thema „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“] vom 11.05.2021.

Es ist zu begrüßen, wenn die dort dargestellten Erkenntnisse nun im Antrag 18/8433 aufgegriffen werden und in konkrete Maßnahmen und Projekte Eingang finden, denn: Politische Bildung

- › vermittelt Grundlagenwissen,
- › bietet politische Orientierung,
- › ordnet aktuelle und historische Fragestellungen ein,
- › fördert demokratische Einstellungen,
- › befähigt zum demokratischen Handeln,
- › unterstützt und fördert die aktive Beteiligung an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft.

Die im Antrag aufgeworfenen Fragestellungen und Herausforderungen sind Grundlage unserer politischen Bildungsarbeit. Der Ruf nach Maßnahmen wird landauf, landab verstärkt. Im Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden explizit als Kooperationspartner die Politischen Stiftungen genannt und viele Maßnahmen gefordert, die bereits zum Kernbestandteil unserer politischen Bildungsarbeit gehören. Die vorliegende Stellungnahme soll daher exemplarisch einen Einblick in die Praxis des Politischen Bildungsforums Nordrhein-Westfalen der Konrad-Adenauer-Stiftung¹ geben und hier für mehr Transparenz sorgen, um anhand konkreter Beispiele aufzuzeigen, wie unsere Arbeit vor Ort für verschiedene Zielgruppen, Themen und Formate funktioniert.²

Die Politischen Stiftungen arbeiten auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und für die parlamentarisch-repräsentative Demokratie. Sie unterliegen besonderen Qualitätsstandards, einer Überprüfung durch Bundes- und Landesrechnungshöfe, durch das Bundesverwaltungsamt und Wirtschaftsprüfer und stehen in regelmäßigem Austausch mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat. Hinzukommen ggf. noch landesspezifische Vorgaben für die Bewilligung von Zuwendungen. Ein- und Ausgaben sowie Maßnahmen werden im Sinne der Transparenz veröffentlicht.³

Aufgrund ihrer politischen Nähe übernehmen die Stiftungen eine Brückenfunktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern, gesellschaftlichen Akteuren, Wirtschaft und Politik. Leider sind die Politischen Stiftungen von mancher Seite dem Vorwurf ausgesetzt, einseitig zu informieren und Parteiwerbung z.B. in Schulen zu tragen. Dass hier der Beutelsbacher Konsens insb. mit Blick auf den Schutz Minderjähriger besondere Bedeutung hat, verdeutlichen hoffentlich die nachstehenden Beispiele.

Grundsätzlich gilt: In einer Zeit, in der eine wachsende Distanz zwischen den genannten Gruppen zu spüren ist, ist es wichtig, mehr Verständnis für politische Prozesse und Zusammenhänge zu wecken und dabei auch an Art. 21 I GG zu erinnern: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Demokratiebildung zielt heute stark auf Empowerment, Selbstwirksamkeit und eigene Interessensdurchsetzung ab. Für das Zusammenleben in unserem Staat und unserer Gesellschaft ist es aber unerlässlich, ein allgemeines politisches Verständnis dafür zu entwickeln, dass Interessensausgleich, Kompromisse und gemeinsame Handlungsfähigkeit über den eigenen Bereich – und für das Gemeinwohl – hinaus erlernt und umgesetzt werden müssen.

¹ Nach dem WbG anerkannte Einrichtung im Regierungsbezirk Köln: <https://www.bezreg-koeln.nrw.de/themen/wirtschaft-und-kultur/foerderung-von-weiterbildungsinstituten/erkennung-und-finanzierung/>
direkt zur Liste: https://www.bezreg-koeln.nrw.de/system/files/media/document/file/wirtschaft_foerderung_von_weiterbildungsinstituten_erkennung_finanzierung_einrichtungen.pdf (Abruf 05.06.2024).

² Zur Einordnung ein Blick in aktuelle Zahlen: Das Politische Bildungsforum NRW der Konrad-Adenauer-Stiftung hat 2023 rund 30.000 Menschen mit ca. 450 Maßnahmen erreicht. Ein Drittel dieser Angebote richtete sich an den Bereich Schule & Jugend. Bedarf und Anfragen sind weitaus größer als es die personelle und finanzielle Ausstattung zulassen.

³ Am Ende der Stellungnahme können diese Rahmenbedingungen und (Selbst-)Verpflichtungen bei Bedarf ausführlicher nachvollzogen werden.

Mit unseren Angeboten schaffen wir **Begegnungen** – mit Experten, Wissenschaftlern, Zeitzeugen, Ehrenamtlichen, Politikern. Es geht um Wissensvermittlung und persönlichen Austausch. Angebote der politischen Bildung öffnen Türen zu Institutionen, Unternehmen, Initiativen. Auf einmal werden aus Kästen eines Organigramms Menschen, die in Verwaltung und Politik, auf Europa-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sich für andere einsetzen, Verantwortung übernehmen und Einblicke in Aufgaben und Zusammenhänge geben. Gerade in Zeiten zunehmender Gewalt und Angriffen auf Politiker müssen wir hier vorbeugen. Die aktuellen Beispiele im Kommunal- und Europawahlkampf zeigen, dass der aggressiveren Sprache die Körperverletzung folgt und der Respekt vor Menschen, die sich politisch für andere einsetzen, abnimmt. Ohne diese (ehrenamtlichen) Amts- und Mandatsträger funktioniert unsere Demokratie jedoch nicht. Sie gilt es zu schützen – nicht erst durch Polizeigewalt, sondern durch die Schulung demokratischer Toleranz bereits in frühen Jahren des politischen Bewusstseins.

Die politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung folgt dem Vierklang „**Informieren – Orientieren – Aktivieren – Vernetzen**“. Im Bereich Schule & Jugend stehen zunächst die ersten beiden Felder im Mittelpunkt. Es gilt, Staatsaufbau, Prozesse, Verantwortungsbereiche und vorhandene Institutionen der Demokratie zu verstehen, Strukturen und Verfahren zu kennen, Vertrauen und Verantwortung aufzubauen, um die Möglichkeiten der Eigeninitiative und Mitwirkung so nutzen zu können, dass aus einer Idee eine Entscheidung werden kann.

Politische Bildung macht Demokratie erlebbar, schafft Begegnungen und gewährt einen Blick hinter die Kulissen. Sie ist jedoch keine trockene Institutionenlehre, sondern fördert z.B. durch Besuche in Parlamenten den Kontakt zur Politik und deren Repräsentanten. Die im Antrag eingebrachten **Planspiele** sind ein wirksames Instrument, um Prozesse zu begreifen:

- › Politik beginnt vor Ort in der **Kommune**. Mit einem eigens entwickelten Planspiel ermöglichen wir, in einem abgegrenzten Rahmen Interessensausgleich, Haushaltsdisziplin und Endlichkeit von Ressourcen, Innovationen und Weiterentwicklung in Einklang zu bringen. Vertiefend können die Strukturen auf der kommunalen Ebene erklärt und speziell vor Ort geprüft werden, welche Beteiligungsmöglichkeiten es für Jugendliche gibt (z.B. Kinder-, Jugend-, Schulparlamente).
 - › **Europa** erscheint oftmals komplex, die Entscheidungsprozesse undurchsichtig. Hier sollen Planspiele Abhilfe schaffen. Für die europapolitische Bildung greifen Schulen gern auf die Kombination Planspiel / Exkursion zurück. Am ersten Tag des Seminars erleben die Schülerinnen und Schüler in einem Planspiel die komplexen Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene, sie schlüpfen in die Rollen von politischen Akteuren und simulieren Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse. Themenbeispiele sind: Migration und Asyl, Klima- und Energiepolitik, Nachhaltigkeit, Binnenmarkt, Datenschutz, Erweiterungsszenarien. Für Förderschüler sehen wir das Planspiel „Europa in leichter Sprache“ vor.
- Die anschließende Exkursion nach Brüssel ermöglicht am nächsten (ggf. auch an einem dritten Tag) die Orte der europäischen Demokratie zu erleben und mit Verantwortungsträgern ins Gespräch zu kommen.

- › Die Düsseldorfer Jugendtage für Europa bringen Jugendliche unterschiedlicher Schulen zusammen. Kooperationspartner sind die VHS Düsseldorf, das MAXHAUS – Katholisches Stadthaus Düsseldorf sowie Europe Direct Düsseldorf. Interaktive Workshopformate zeichnen diese Projektstage aus. In einem ähnlichen Format („Jugendpolitikstage“) befassen sich Schülerinnen und Schüler interaktiv mit verschiedenen politischen Fragestellungen, z.B. Demokratie, Antisemitismus und jüdisches Leben, Medienkompetenz, Sicherheit, Ehrenamt.
- › **Lehrkräfte** fragen gezielt nach Unterstützung z.B. beim Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und antidemokratischen Einstellungen. Die aktuelle Stimmung in Bezug auf Politik, Umgang mit Vielfalt und gesellschaftlichem Wandel spiegelt sich in unseren Bildungseinrichtungen wider. Demokratie- und Wertebildung sind unverzichtbar. In Kooperation mit dem Philologenverband NRW und dem Netzwerk Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte NRW qualifizieren wir engagierte Lehrkräfte als **Demokratiegestalter**, um junge Menschen in ihrer Entwicklung zu stärken und Demokratieverständnis zu fördern.

Neben der Funktionsweise von Politik bildet das Wissen insb. über **die historischen Grundlagen des 20. Jahrhunderts** einen weiteren Kernbestandteil der Maßnahmen. Um **Demokratie und Diktatur** voneinander abgrenzen und **Antisemitismus** vorbeugen zu können, bilden Gedenkstättenfahrten, Gespräche mit Holocaustüberlebenden (sofern noch möglich) und DDR-Zeitzeugen einen wichtigen Bestandteil.

- › Im Rahmen unserer **Gedenkstättenfahrten** zu verschiedenen NS-Erinnerungsorten legen wir den Fokus auf die gedenkstättenpädagogische Ausarbeitung der Programme. Hierbei steht der Besuch der historischen Orte und die Reflexion der Eindrücke und entstehenden Gefühle der Teilnehmenden im Vordergrund. Die stetige Neugestaltung der Programme der bestehenden Fahrten zu den Gedenkorten Auschwitz, Dachau, Riga, Buchenwald, Sachsenhausen und Neuengamme wird begleitet von einer engen Beratung insbesondere zur Vor- und Nachbereitung sowie Eingliederung des Projektes in den Schulalltag. Der Bedarf ist seitens der Schulen sehr groß und übersteigt bei weitem unsere finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten. Die politischen Signale, dass jeder Heranwachsende ein Konzentrationslager besucht haben sollte, ist zu begrüßen – aber die Finanzierbarkeit dieses Anliegens muss mitgedacht werden.
- › Über regionale Angebote wie z.B. in Düsseldorf, Bonn und Münster haben Schülerinnen und Schüler durch eigenständige biografische Recherchen die Möglichkeit, den Leidensweg einer Person von ihrem Heimatort bis zum entsprechenden Lager nachzuverfolgen.
- › Seit 2023 werden die Angebote auf die Zielgruppe Schüler mit Förderbedarf erweitert.
- › Für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wird die Gedenkstättenfahrt nach Buchenwald angeboten, um die Grundlagen und das Selbstverständnis der Erinnerungspädagogik sowie die Inhalte und pädagogischen Angebote vorzustellen. Aus beiden Perspektiven – Teilnehmende und Begleitperson –

kann die jeweilige Wirkung nachvollzogen und in die pädagogische Praxis im Kontext Schule eingeordnet werden.

Neben der Erinnerung an den Holocaust und der Antisemitismusprävention spielt die **Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur** eine entscheidende Rolle, um Heranwachsenden die Unterschiede zwischen dem Leben in einer Demokratie und einer Diktatur zu verdeutlichen.

- › Gedenkort der Zeitgeschichte in Berlin machen das theoretisch erarbeitete Wissen erlebbar und vertiefen die Auseinandersetzung mit den historischen Aspekten Berlins.
- › Wie sah der Alltag der Menschen in der DDR auf? Wie lebt man, sozialisiert in einer Diktatur, sein Leben in einem konträren System weiter? Wie kann eine Biografie gestaltet werden, die viele Jahre fremdbestimmt war? Wie ist es, Tochter einer Oppositionellen in der DDR zu sein? In einer einwöchigen Veranstaltungsreihe kommen Nadja und Ingo Klier mit jungen Menschen ins Gespräch und arbeiten gemeinsam an den Themen „Jugend in der DDR“, „Brüche in der Biografie“, „Radikalisierung und Neonazismus in der DDR und Nachwendezeit“ sowie „Neuanfang im Westen“.
- › Fester Bestandteil des Angebots ist das bei Schülergruppen beliebte Planspiel „Begegnungen auf verschlungenen Pfaden durch Lebensgeschichten und Systemgeschichte der DDR“, in dem Zeitzeugen und Wissenschaftler das Leben in einer Diktatur plastisch näherbringen.

Doch nicht nur die Schrecken der deutschen Geschichte, auch die Erfolgsgeschichte der **Bonner Republik** und des Grundgesetzes müssen den Schülerinnen und Schülern nahegebracht werden. Positive Identifikationsorte und Erfolge tragen entscheidend dazu bei, den Wert der ersten gefestigten und wehrhaften Demokratie auf deutschem Boden zu begreifen.

- › In den Bonn-Seminaren werden wichtige innen- und außenpolitische Entscheidungen und Weichenstellungen der deutschen Nachkriegsgeschichte thematisiert. Hintergrundwissen zu den Voraussetzungen der Wiedervereinigung und Exkursionen zu den wichtigsten Stätten der Demokratie in Bonn und Umgebung (z.B. Besuch des Hauses der Geschichte in Bonn, die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, das Regierungsviertel in Bonn, Regierungsbunker Ahrtal, Gedenkstätte Abtei Brauweiler u.v.m.) tragen zur Veranschaulichung bei.

Immer wichtiger für das Gelingen unserer Demokratie werden die Kenntnisse im Bereich der **Medienkompetenz** von Jugendlichen. Das Internet und die Sozialen Medien greifen früh in das Leben von Kindern und Jugendlichen ein, meist unentdeckt von Eltern und Vertrauenspersonen, die die schnellen, zuspitzenden (Des-)Informationen in einen Kontext einordnen könnten. Der früher traditionelle Abendbrottisch, die Nachrichten um 19:00 Uhr oder 20:00 Uhr bieten keine gemeinsamen Gesprächsmöglichkeiten mehr, um das politische Geschehen einzuordnen. Ein Großteil der Jugendlichen ist uninformiert oder gar desinformiert, verweilt im Bubble- und Influencer-Wissen.

- › Die DigitalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung setzt hier einen wichtigen Kontrapunkt: In dreitägigen Seminaren werden die Grundlagen des Medienkonsums, des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der Unterschiede

zwischen Journalismus und Influencern sowie die im Internet drohenden Gefahren der Desinformation, des Links- und Rechtsextremismus sowie Islamismus aufgezeigt. Am zweiten und dritten Tag werden die Jugendlichen selbst aktiv: Gemeinsam mit jungen Journalisten, Trainern und Influencern werden sie vom Konsumenten zum Produzenten und lernen, wie man eine gesellschaftspolitische Message setzt. Sie erkennen Manipulation und Wirkung, Vermittlung und Geschäftsmodell von TikTok, Instagram, YouTube, Podcast, mobile reporting.

- › Gemeinsam mit der Universität zu Köln entwickelte die DigitalAkademie Unterrichtsmaterial für Förderschulen und begann 2023 die Themen Cybermobbing und Cybergrooming gezielt zu bedienen.
- › Der in Zeiten der Pandemie entstandene Beratungsbedarf von Lehrkräften hinsichtlich digitaler Bildung hält an und weitet sich auf den Einsatz von künstlicher Intelligenz sowie neuen didaktischen Möglichkeiten aus. Gemeinsam mit KlettMex bietet die DigitalAkademie Online-Reihen an, in denen die Lehrkräfte verstärkt auch über aktuelle politische Themen informiert werden wollen. Die Sprechfähigkeit zum 7. Oktober oder die Auswirkungen der Wahlen in den USA sind hier aktuelle Beispiele.
- › Gefördert über den Innovationsfond des WbG wird in diesem Jahr ein EscapeGame entwickelt, das Klassen, Stufen, Jugendgruppen in die Lage versetzt, sich spielerisch mit FakeNews und Desinformation, Quellenrecherche und Medienkritik auseinanderzusetzen. Es ist ein Angebot zur niederschweligen Steigerung der Medienkompetenz junger Menschen und wird für weitere Bildungsträger zugänglich gemacht.
- › Für Medienkompetenz und Demokratiebildung sind Russlanddeutsche eine besondere Zielgruppe. (Spät-)Aussiedler mit postsowjetischem Hintergrund geraten vermehrt ins Visier rechtspopulistischer Propaganda, vor allem auf sozialen Netzwerken und russischsprachigen Social-Media-Plattformen. Ihre Empfänglichkeit für Falschinformationen resultiert oft aus Unkenntnis über politische Strukturen. Gegen gezielte Desinformation ist es daher entscheidend, ein Verständnis für demokratische Prozesse zu entwickeln und Kompetenzen zu erwerben, um sich dem manipulativen Einfluss entgegenzustellen. Bildungsreihen für Jugendliche ab 16 Jahren zielen darauf ab, demokratische Werte zu vermitteln und die Themen Flucht, Heimat und Identität zu diskutieren.

Die politische Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in NRW setzt aufgrund der Vorgaben des Weiterbildungsgesetzes NRW bei **16 Jahren** an. Insbesondere für diesen Themenbereich Medienkompetenz, aber aufgrund der gesenkten Grenzen für das Wahlalter auch für kommunal- und europapolitische Themen besteht ein Bedarf nach früherer politischer Bildung. Sinnvoll wäre es, bereits 14-Jährige an politische Themen heranzuführen. Mit 14 Jahren wird den Jugendlichen die Entscheidung über ihre Religion zugebilligt, sie werden bedingt strafmündig und können über Organspende entscheiden. Da ist es nicht überfordernd, die Urteilskompetenz für die erste „große“ politische Entscheidung sowie Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Jugendlichen zu fördern. Hierfür stellt Medienkompetenz eine wesentliche Grundlage dar; Jugendliche müssen in die Lage versetzt werden, politische

Informationen, die sie dem Internet bzw. den Sozialen Medien entnehmen, verlässlich einordnen und bewerten zu können.

Eine Senkung der Altersgrenze würde es auch ermöglichen, Haupt- und Realschulen besser in politische Bildungsangebote zu integrieren. Der Schwerpunkt unserer Maßnahmen verteilt sich auf Gymnasien, Gesamtschulen, Berufskollegs und seit letztem Jahr auch auf Förderschulen. Haupt- und Realschüler könnten frühestens in der 10. Klasse angesprochen werden; doch hier liegen die Schwerpunkte verständlicherweise auf den Prüfungen und dem anstehenden Schulabschluss.

Die in den letzten Jahren geführte Debatte zur **Wirtschaftskompetenz** von Schülerinnen und Schülern hat auch die Politische Bildung aufgegriffen.

- › In Entwicklungsprogrammen an Berufskollegs verbinden wir Coaching-Elemente mit inhaltlichen Aspekten der Sozialen Marktwirtschaft. Die jungen Menschen sollen verstehen, dass sie als Subjekt im Wirtschaftskreislauf ihre Würde leben können – und sollen und zur Teilhabe befähigt sind.
- › Das sprachensible Seminar „Ökonomie im Alltag“ wird ab diesem Jahr vermehrt an Berufskollegs und Gesamtschulen angeboten. Dicht an der Lebenswirklichkeit werden in leichter Sprache und spielerisch Themen wie „Kredite und Verschuldung“, „Versicherungen“, „Sparen und Zinsen“ vermittelt. Die im Rahmen der Projektförderung durch den Innovationsfond entstandenen Arbeitsmaterialien werden den Schulen zur Verfügung gestellt und nach einer Onlineschulung der Lehrkräfte für die eigenständige Unterrichtsgestaltung überlassen.
- › Über den Verein „Ökonomie im Unterricht“ setzen sich Referendarinnen und Referendare mit aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen auseinander und diskutieren mit Experten über Grundlagen des Wirtschaftssystems.

Die Sorge um unsere Demokratie ist nicht mehr zu übersehen. Bereits in der o.g. DS 17/13750 werden Maßnahmen zu deren Stärkung aufgezeigt. Im Antrag „Demokratie“ – eine Aufgabe, die alle angeht. Verbindliche Woche der Demokratie in allen Bildungsstätten“ (DS 18/7196) sowie im hier vorliegenden Antrag wird sie aktuell aufgegriffen. Allen gemeinsam ist die Überlegung, im Bereich Schule mehr Raum für politische Fragestellungen zu schaffen. Dieses Signal ist zu begrüßen, um engagierte Lehrkräfte in diesem Bereich zu stärken und weiteren mehr Zeit und Raum zu geben. Aufgrund der begrenzten Unterrichtsstunden insb. in Geschichte und Politik/Sozialwissenschaften ist die Idee zu unterstützen, **Projektstage und -wochen** sowie **Klassen- und Kursfahrten** mit den beispielhaft geschilderten Maßnahmen zu bereichern. Schnittstellen mit externen Akteuren sind hoffentlich zukünftig in der Struktur von G9 wieder einfacher einzuplanen als bisher. Überlegenswert ist es auch, **Arbeitsgemeinschaften** und **Projektgruppen** zu diesen Themen anzubieten. Hier sei einschränkend darauf hingewiesen, dass von den Anbietern politischer Bildung in NRW zwar die **aufsuchende Arbeit** verlangt wird, deren Formate jedoch dem Teilnehmertageprinzip des WbG widersprechen. Hier lohnt sich eine an Praxis und Bedarf angepasste Regelung!

Grundlagen zur Bildungsarbeit der Politischen Stiftungen in Deutschland – aus dem Selbstverständnis der Stiftungsarbeit

2022 haben sich die sechs Politischen Stiftungen – Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., - auf ein Grundsatzpapier⁴ verständigt, in dem sie ihrer Bildungsarbeit in Deutschland einen gemeinsamen Rahmen geben. Bereits im Mai 2021 betonten sie im Papier „Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Zur Bedeutung Politischer Bildung an Schulen“⁵ die Einhaltung des **Beutelsbacher Konsenses**, der bei schulischen Angeboten der Politischen Stiftungen einen besonderen Fokus genießt. Dieser bedeute jedoch kein politisches Neutralitätsgebot: „Im offenen Meinungsstreit sind kontroverse Positionen gleichberechtigt – solange sie mit der Verfassung im Einklang stehen. (...) Weder das Kontroversitätsgebot noch das Überwältigungsverbot begründen eine ‚Neutralität‘ oder gar Toleranz gegenüber demokratie- oder menschenfeindlichen Äußerungen.“ Geboten sei parteipolitische Neutralität und das Verbot von Werbung für politische Interessen an Schulen.

› **Politische Stiftungen sind Akteure zur nachhaltigen Förderung der Demokratie.**

Demokratie benötigt politische Beteiligung, und politische Beteiligung benötigt politische Bildung. Demokratisches Grundlagenwissen, politische Urteilsfähigkeit und demokratische Diskursfähigkeit müssen in jeder Generation neu erlernt, gestärkt und verstetigt werden.

Die Politischen Stiftungen erfüllen als Träger der politischen Bildung einen öffentlichen Auftrag für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie fördern demokratischen Pluralismus und stärken die Parteiendemokratie, sind aber – das ist stets zu betonen – inhaltlich, organisatorisch, finanziell und rechtlich unabhängig von den Parteien.

Politische Stiftungen stärken die demokratische Vielfalt, fördern den Wettstreit der Ideen und stehen gemeinsam auf der Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Kontrolliert werden sie durch staatliche Institutionen und öffentliche Rechenschaftsberichte.

› **Politische Bildung befähigt zur Teilhabe und aktiven Mitwirkung in der Demokratie.**

Die politische Bildungsarbeit der Stiftungen zielt auf Orientierung, Wissensvermittlung, Ermutigung und Befähigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement, politischer Diskurs- und Entscheidungsfähigkeit. Mündigkeit, eigenständige Urteils- und Handlungskompetenz sind essentiell für die eigene Meinungsbildung und um sich Agitation, Indoktrination und Überwältigung entgegenstellen zu können. Der Beutelsbacher Konsens von 1977 wurde von den Politischen Stiftungen übernommen.

Politische Bildung ist ein sozialer Prozess, Begegnung, Dialog, Einübung von Toleranz, Motivation und Qualifizierung zum politischen Engagement.

⁴ <https://www.kas.de/de/web/politische-bildung/einzeltitel/-/content/die-bildungsarbeit-der-politischen-stiftungen-in-deutschland-2> (Abruf 04.06.2024).

⁵ https://www.kas.de/documents/262284/11312856/210602_Demokratiebraucht_RZ.pdf/7c5d0790-e0e8-8078-cc58-9a4ff5826303?version=1.0&t=1625764928378 (Abruf 04.06.2024).

(Re-)Zertifizierungsprozesse und Qualitätsmanagement stellen sicher, dass die Bildungsangebote diesen Ansprüchen im Blick auf Formate und Zielgruppen genügen.

› **Politische Bildung stellt sich den aktuellen Herausforderungen für die Demokratie.**

Demokratie gilt weiterhin als bevorzugte Staatsform. Doch sind die Ansprüche an deren Vertreter und Institutionen gestiegen. Eingefordert wird u.a. eine umfassendere Beteiligung an politischen Prozessen. Die Politischen Stiftungen bauen Brücken, um einer Entfremdung der Bürger von den Repräsentanten und Institutionen entgegenzuwirken.

Die Politische Bildungsarbeit vermittelt die Komplexität politischen Handelns in die Breite der Gesellschaft. Sie schult in der politischen Auseinandersetzung auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung, in Kompromissen und Interessensausgleich und trägt somit bei zum Zusammenhalt in der Gesellschaft.